



Meinung

Scheitert das deutsche Geschäftsmodell?

Die deutsche Wirtschaft ist in schweres Fahrwasser geraten: Ukrainekrieg und Energiekrise haben bestehende Probleme noch verstärkt. Die Politik kümmert sich vor allem um aktuelle Fragen, doch Inaktivität in der Standortpolitik ist riskant.

Michael Heise

Publiziert: 05.12.2022, 09:48

Es ist unbestreitbar, dass die deutsche Wirtschaft unter erheblichen Belastungen steht. So erwarten die Bundesregierung wie auch die vier Wirtschaftsforschungsinstitute eine rückläufige Wirtschaftsleistung von $-0,4\%$ in 2023. Deutschland steht damit am Ende der Wachstumsskala der entwickelten Länder. Damit nicht genug: Viele erwarten aufgrund der Energiekrise eine Deindustrialisierung und damit auch langfristig einen Verlust an Wohlstand in der deutschen Wirtschaft.

Eine Rezession ist also Konsens. Aber wie tief wird sie? Derzeit wirken mehrere Abwärtskräfte zusammen. Die schwere Energiekrise hat exorbitante Preissteigerungen besonders für Gas und Strom nach sich gezogen. Viele private Haushalte, Gewerbetreibende und Unternehmen bangen um ihre wirtschaftliche Existenz, weil sie Energierechnungen nicht bezahlen können oder mit grossem Verlust produzieren. Zusammen mit steigenden Lebensmittelpreisen hat die Energiekrise den Anstoss für eine Inflation gegeben, die selbst die Ölpreiskrisen der 1970er-Jahre in den Schatten stellt.

Die Kaufkraftverluste bremsen die Konjunktur, zumal die hohen Aufwendungen für den Energieimport dem heimischen Kreislauf entzogen werden. Dieser Bremseffekt wird durch einen Zinsanstieg verstärkt, mit dem die Europäische Zentralbank EZB gegen den schubartigen Anstieg der Inflation und die zunehmenden Inflationserwartungen ankämpft.

Schwarzmaler unterschätzen stabilisierende Faktoren

Es gibt aber auch stabilisierende Faktoren. Erstens hat die marktwirtschaftliche Anpassung an den Gas- und Strompreisschock begonnen. Durch Einsparungen im Verbrauch, die Erschliessung neuer Anbieter und verstärkte An-

strengungen zur Gewinnung von Gas und erneuerbaren Energien haben die Energiepreise bereits deutlich nachgegeben. Mit einer gewissen Verzögerung wird das die Inflationsraten und damit die Kaufkraftverluste der Konsumenten deutlich reduzieren.

**«Je stärker die Politik
Energieverbrauch und
Umweltbeanspruchung verteuert,
desto mehr muss sie darauf achten,
dass andere Kostentreiber
zurückgeführt werden.»**

Zweitens befinden sich die Länder der Eurozone und der OECD in einer Situation sehr hoher Arbeitsnachfrage und niedriger Arbeitslosenraten. Viele Unternehmen suchen händeringend Arbeitskräfte, um die hohen Auftragsbestände abzarbeiten, die vor allem aus der Zeit der Covid-Beschränkungen stammen. Sicher werden die sehr hohen Zahlen an offenen Stellen im Zuge der derzeitigen Konjunkturabkühlung deutlich zurückgehen, aber es weist kaum etwas darauf hin, dass grosse Entlassungswellen anstehen.

Drittens wirken beachtliche schuldenfinanzierte staatliche Entlastungsprogramme den Kaufkraftverlusten und Kostensteigerungen entgegen. Die Unterstützung des Staats ist vor allem in unteren und mittleren Einkommensbereichen notwendig, da viele Haushalte nicht in der Lage sind, die monatlichen Energiekosten zu begleichen und viele Gewerbetreibende vor einer Geschäftsaufgabe stünden. Für industrielle Grossabnehmer von Energie sind Regelungen für den Jahresbeginn 2023 vorgesehen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und weitere Produktionsstilllegungen und Insolvenzen in energieintensiven Bereichen zu vermeiden.

Die Deindustrialisierung ist ein Risiko

Allerdings stellt sich auch die Frage nach den langfristigen Perspektiven der deutschen Wirtschaft. Droht ein Wohlstandsverlust durch eine Deindustrialisierung und ein Scheitern des «Geschäftsmodells Deutschland»? Unbestreitbar ist, dass die Wirtschaft aufgrund ihres hohen Industrieanteils und ihrer Exportabhängigkeit von den Energiepreisen stärker belastet ist als andere Volkswirtschaften.

Die deutsche Industrie musste zwar immer mit hohen Energiekosten zurechtkommen, aber die plötzliche Vervielfachung macht viele Produktionen unrentabel. Würden die Gas- und Strompreise längere Zeit auf dem Durchschnittsniveau seit März 2022 bleiben, wäre mit einem Exodus an energieintensiven Produktionen zu rechnen. Um der Gefahr einer Deindustrialisierung entgegenzutreten, ist daher die Aussicht auf eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung wichtig. Die deutsche Energiewende erzeugt dagegen

grosse Verunsicherung. Sie verzichtet auf Atomkraft und zunehmend auch die Verstromung von Gas und kommt nicht schnell genug voran mit den erneuerbaren Energien. Im Ergebnis muss die klimaschädliche Kohlekraft wieder ausgebaut werden.

Neue Formen der Globalisierung

Zusätzliche Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft bringen Veränderungen im internationalen Umfeld mit sich. Bereits seit der Finanzkrise ab 2007 ist eine relative Verlangsamung des Welthandels und des Weltkapitalverkehrs zu beobachten. Als eine Folge der Ukraine Krise bilden sich neue Formen der Globalisierung heraus, in denen Deutschland seine Position noch behaupten muss. Dabei fällt weniger ins Gewicht, dass die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland wohl geraume Zeit auf Eis liegen dürften. Bedeutsamer ist, dass das Geschäft mit China auch unter dem Blickwinkel hoher Abhängigkeit auf der Export- und Importseite kritisch betrachtet wird. China hat sich nicht nur stärker mit Russland verbunden, sondern durch Staatsinterventionen in der Wirtschaft und die Kompromisslosigkeit in der Durchsetzung politischer Ziele für grosse Verunsicherung gesorgt.

So sind viele Unternehmen im Begriff, ihr China-Engagement zu überdenken. Einen gross angelegten Rückzug wird es zwar nicht geben, er hätte auch katastrophale Auswirkungen auf den Wohlstand in Deutschland. Aber schrittweise werden die Unternehmen daran gehen, Beschaffungsmärkte, Absatzmärkte und Investitionsstandorte stärker zu diversifizieren. In der asiatischen Region könnten Länder wie Vietnam, Indien oder Indonesien davon profitieren. Ein grosser Gewinner dürften aber die USA sein, die mit einem sicheren und günstigen Energieangebot, einem sehr grossen Absatzmarkt und beträchtlichen Subventionen für investitionsbereite Unternehmen locken.

Handelsbeziehungen und Kapitalverkehr werden sich in Zukunft stärker an geopolitischen Bedingungen orientieren. Länder mit ähnlichen Werten und kalkulierbaren politischen Rahmenbedingungen werden den Austausch intensivieren. Für die Weltwirtschaft im Ganzen ist dagegen eine gewisse Fragmentierung zu erwarten, da sich autokratisch regierte Blöcke stärker von den Volkswirtschaften der Demokratien absetzen. Handelsvorteile werden dadurch zunichtegemacht, und die Kooperation in globalen Themen wie dem Klimaschutz wird erschwert.

Es braucht eine neue Standortagenda

Man mag Verständnis dafür haben, dass die deutsche Regierung ihre volle Aufmerksamkeit zurzeit dem Ukraine Krieg und seinen Folgen widmet. Inaktivität in der Standortpolitik ist gleichwohl riskant. Denn nur eine gute Standortpolitik ist der Garant dafür, dass das international und industriell ausgerichtete Geschäftsmodell Deutschlands auch in Zukunft erfolgreich für Arbeitsplätze und Wohlstand sorgen kann.

Standortprobleme kommen in langfristig niedrigem Wachstum, vergleichsweise geringen Investitionen und schwachem Produktivitätsfortschritt zum Ausdruck. Neben verlässlicher Energiepolitik bedarf es eines gesamtheitli-

chen Blicks auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die eine im Export- und Industriegeschäft starke Volkswirtschaft benötigt: Je stärker die Politik Energieverbrauch und Umweltbeanspruchung verteuert, desto mehr muss sie darauf achten, dass andere Kostentreiber wie etwa Lohnnebenkosten oder bürokratische Erfordernisse oder die überdurchschnittlich hohen steuerlichen Belastungen in Deutschland zurückgeführt werden. Bei guten Standortbedingungen werden die Investitionen heimischer und internationaler Unternehmen hierzulande nicht ausbleiben.

Michael Heise ist Chefökonom von HQ Trust, Wirtschaftsberater und Publizist.

Fehler gefunden? [Jetzt melden.](#)

0 Kommentare